... mit bestimmten Geboten, die als Aus-
 druck des göttlichen Willens gelten sollen, anneh-
 men und doch die Existenz des Naturrechtes läug-
 nern, damit in's Unverständliche fallen. Wenn sie
 nämlich zugeben, daß in der göttlichen Weltord-
 nung natürliche Rechtsprincipien im Sinne von
 „göttlichen Geboten“ involvirt seien, dagegen aber
 läugnen, daß dieß Rechtsätze seien, wodurch wirk-
 liche Rechte und Pflichten begründet werden, so
 heißt das die Prämissen setzen, den Schlußsatz da-
 gegen in Abrede stellen. Denn die natürlichen
 Rechtsprincipien können ja „Gebote“ nur unter
 der Bedingung sein, daß sie wirkliche Rechte und
 Pflichten begründen. Diese letzteren verhalten sich
 ja correlativ zum Begriffe des Gebotes; sie sind
 die Wirkung des letztern. Es läßt sich also gar kein
 Rechtsprincip im Sinne eines Gebotes der gött-
 lichen Weltordnung denken, ohne daß es, eben
 weil es letzteres ist, wirkliche Rechte und Pflichten
 erzeugt. — b. Man sagt freilich, die natürlichen
 Rechtsprincipien besäßen nicht die erforderliche
 Präcision, um ganz bestimmte natürliche Rechte
 und Pflichten zu erzeugen, sie seien zu unbestimmt
 und allgemein hierfür. Allein das ist unrichtig.
 Die natürlichen Rechtsprincipien sind zwar all-
 gemeiner Natur. Aber für's Erste ist diese All-
 gemeinheit bei einem Princip nicht gleichbedeutend
 mit Unbestimmtheit und Mangel an Präcision.
 Jedes Princip ist allgemein; aber man kann
 nicht sagen, daß es deswegen etwas ganz Un-
 bestimmtes sei; es hat immer einen ganz bestimm-
 ten Inhalt, der als solcher auch mit aller Be-
 stimmtheit erkannt wird. Für's Zweite begrün-
 den solche allgemeine Rechtsprincipien allerdings
 auch allgemeine Rechte und Pflichten. Aber diese
 sind deshalb, weil sie allgemein sind, gleichfalls
 nicht unbestimmt; sie sind vielmehr ganz bestimmte
 Rechte und Pflichten, eben weil der Inhalt des
 bezüglichen allgemeinen Rechtsprincipis ein ganz
 bestimmter ist. Der Einwurf verkennt die Natur
 eines allgemeinen Principis. In der Anwendung
 auf besondere Fälle mag das allgemeine Rechts-
 princip allerdings einer nähern Präcision bedürfen
 — dieß wird sogleich zu erörtern sein —, aber an
 und für sich leidet es keineswegs an Unbestimmtheit.
 — c. Man sagt ferner, die natürlichen Rechtsprin-
 cipien könnten keine wirklichen Rechte und Pflich-
 ten begründen, weil ihnen die bindende Kraft fehle,
 die sie erst durch Anerkennung und Sanction von
 Seiten des Staates gewinnen könnten. Aber auch
 das ist unrichtig. Die natürlichen Rechtsprincipien
 erhalten ihre obligatorische Kraft nicht erst durch
 Anerkennung und Sanction von Seiten des Staa-
 tes, sondern sie haben diese, wie gezeigt, schon an
 und für sich in Kraft des göttlichen Willens.
 Durch diesen ist das Naturrecht wirkliches, bin-
 dendes Recht, ob es der Staat anerkennt und sanc-
 tionirt oder nicht. In der That, ob der Staat
 das Recht, das ich z. B. auf mein Leben oder auf
 Anerkennung meiner Persönlichkeit habe, anerkennt
 oder nicht, in Kraft des göttlichen Willens besitze

... mit bestimmten Geboten, die als Aus-
 druck des göttlichen Willens gelten sollen, anneh-
 men und doch die Existenz des Naturrechtes läug-
 nern, damit in's Unverständliche fallen. Wenn sie
 nämlich zugeben, daß in der göttlichen Weltord-
 nung natürliche Rechtsprincipien im Sinne von
 „göttlichen Geboten“ involvirt seien, dagegen aber
 läugnen, daß dieß Rechtsätze seien, wodurch wirk-
 liche Rechte und Pflichten begründet werden, so
 heißt das die Prämissen setzen, den Schlußsatz da-
 gegen in Abrede stellen. Denn die natürlichen
 Rechtsprincipien können ja „Gebote“ nur unter
 der Bedingung sein, daß sie wirkliche Rechte und
 Pflichten begründen. Diese letzteren verhalten sich
 ja correlativ zum Begriffe des Gebotes; sie sind
 die Wirkung des letztern. Es läßt sich also gar kein
 Rechtsprincip im Sinne eines Gebotes der gött-
 lichen Weltordnung denken, ohne daß es, eben
 weil es letzteres ist, wirkliche Rechte und Pflichten
 erzeugt. — b. Man sagt freilich, die natürlichen
 Rechtsprincipien besäßen nicht die erforderliche
 Präcision, um ganz bestimmte natürliche Rechte
 und Pflichten zu erzeugen, sie seien zu unbestimmt
 und allgemein hierfür. Allein das ist unrichtig.
 Die natürlichen Rechtsprincipien sind zwar all-
 gemeiner Natur. Aber für's Erste ist diese All-
 gemeinheit bei einem Princip nicht gleichbedeutend
 mit Unbestimmtheit und Mangel an Präcision.
 Jedes Princip ist allgemein; aber man kann
 nicht sagen, daß es deswegen etwas ganz Un-
 bestimmtes sei; es hat immer einen ganz bestimm-
 ten Inhalt, der als solcher auch mit aller Be-
 stimmtheit erkannt wird. Für's Zweite begrün-
 den solche allgemeine Rechtsprincipien allerdings
 auch allgemeine Rechte und Pflichten. Aber diese
 sind deshalb, weil sie allgemein sind, gleichfalls
 nicht unbestimmt; sie sind vielmehr ganz bestimmte
 Rechte und Pflichten, eben weil der Inhalt des
 bezüglichen allgemeinen Rechtsprincipis ein ganz
 bestimmter ist. Der Einwurf verkennt die Natur
 eines allgemeinen Principis. In der Anwendung
 auf besondere Fälle mag das allgemeine Rechts-
 princip allerdings einer nähern Präcision bedürfen
 — dieß wird sogleich zu erörtern sein —, aber an
 und für sich leidet es keineswegs an Unbestimmtheit.
 — c. Man sagt ferner, die natürlichen Rechtsprin-
 cipien könnten keine wirklichen Rechte und Pflich-
 ten begründen, weil ihnen die bindende Kraft fehle,
 die sie erst durch Anerkennung und Sanction von
 Seiten des Staates gewinnen könnten. Aber auch
 das ist unrichtig. Die natürlichen Rechtsprincipien
 erhalten ihre obligatorische Kraft nicht erst durch
 Anerkennung und Sanction von Seiten des Staa-
 tes, sondern sie haben diese, wie gezeigt, schon an
 und für sich in Kraft des göttlichen Willens.
 Durch diesen ist das Naturrecht wirkliches, bin-
 dendes Recht, ob es der Staat anerkennt und sanc-
 tionirt oder nicht. In der That, ob der Staat
 das Recht, das ich z. B. auf mein Leben oder auf
 Anerkennung meiner Persönlichkeit habe, anerkennt
 oder nicht, in Kraft des göttlichen Willens besitze

... mit bestimmten Geboten, die als Aus-
 druck des göttlichen Willens gelten sollen, anneh-
 men und doch die Existenz des Naturrechtes läug-
 nern, damit in's Unverständliche fallen. Wenn sie
 nämlich zugeben, daß in der göttlichen Weltord-
 nung natürliche Rechtsprincipien im Sinne von
 „göttlichen Geboten“ involvirt seien, dagegen aber
 läugnen, daß dieß Rechtsätze seien, wodurch wirk-
 liche Rechte und Pflichten begründet werden, so
 heißt das die Prämissen setzen, den Schlußsatz da-
 gegen in Abrede stellen. Denn die natürlichen
 Rechtsprincipien können ja „Gebote“ nur unter
 der Bedingung sein, daß sie wirkliche Rechte und
 Pflichten begründen. Diese letzteren verhalten sich
 ja correlativ zum Begriffe des Gebotes; sie sind
 die Wirkung des letztern. Es läßt sich also gar kein
 Rechtsprincip im Sinne eines Gebotes der gött-
 lichen Weltordnung denken, ohne daß es, eben
 weil es letzteres ist, wirkliche Rechte und Pflichten
 erzeugt. — b. Man sagt freilich, die natürlichen
 Rechtsprincipien besäßen nicht die erforderliche
 Präcision, um ganz bestimmte natürliche Rechte
 und Pflichten zu erzeugen, sie seien zu unbestimmt
 und allgemein hierfür. Allein das ist unrichtig.
 Die natürlichen Rechtsprincipien sind zwar all-
 gemeiner Natur. Aber für's Erste ist diese All-
 gemeinheit bei einem Princip nicht gleichbedeutend
 mit Unbestimmtheit und Mangel an Präcision.
 Jedes Princip ist allgemein; aber man kann
 nicht sagen, daß es deswegen etwas ganz Un-
 bestimmtes sei; es hat immer einen ganz bestimm-
 ten Inhalt, der als solcher auch mit aller Be-
 stimmtheit erkannt wird. Für's Zweite begrün-
 den solche allgemeine Rechtsprincipien allerdings
 auch allgemeine Rechte und Pflichten. Aber diese
 sind deshalb, weil sie allgemein sind, gleichfalls
 nicht unbestimmt; sie sind vielmehr ganz bestimmte
 Rechte und Pflichten, eben weil der Inhalt des
 bezüglichen allgemeinen Rechtsprincipis ein ganz
 bestimmter ist. Der Einwurf verkennt die Natur
 eines allgemeinen Principis. In der Anwendung
 auf besondere Fälle mag das allgemeine Rechts-
 princip allerdings einer nähern Präcision bedürfen
 — dieß wird sogleich zu erörtern sein —, aber an
 und für sich leidet es keineswegs an Unbestimmtheit.
 — c. Man sagt ferner, die natürlichen Rechtsprin-
 cipien könnten keine wirklichen Rechte und Pflich-
 ten begründen, weil ihnen die bindende Kraft fehle,
 die sie erst durch Anerkennung und Sanction von
 Seiten des Staates gewinnen könnten. Aber auch
 das ist unrichtig. Die natürlichen Rechtsprincipien
 erhalten ihre obligatorische Kraft nicht erst durch
 Anerkennung und Sanction von Seiten des Staa-
 tes, sondern sie haben diese, wie gezeigt, schon an
 und für sich in Kraft des göttlichen Willens.
 Durch diesen ist das Naturrecht wirkliches, bin-
 dendes Recht, ob es der Staat anerkennt und sanc-
 tionirt oder nicht. In der That, ob der Staat
 das Recht, das ich z. B. auf mein Leben oder auf
 Anerkennung meiner Persönlichkeit habe, anerkennt
 oder nicht, in Kraft des göttlichen Willens besitze

... mit bestimmten Geboten, die als Aus-
 druck des göttlichen Willens gelten sollen, anneh-
 men und doch die Existenz des Naturrechtes läug-
 nern, damit in's Unverständliche fallen. Wenn sie
 nämlich zugeben, daß in der göttlichen Weltord-
 nung natürliche Rechtsprincipien im Sinne von
 „göttlichen Geboten“ involvirt seien, dagegen aber
 läugnen, daß dieß Rechtsätze seien, wodurch wirk-
 liche Rechte und Pflichten begründet werden, so
 heißt das die Prämissen setzen, den Schlußsatz da-
 gegen in Abrede stellen. Denn die natürlichen
 Rechtsprincipien können ja „Gebote“ nur unter
 der Bedingung sein, daß sie wirkliche Rechte und
 Pflichten begründen. Diese letzteren verhalten sich
 ja correlativ zum Begriffe des Gebotes; sie sind
 die Wirkung des letztern. Es läßt sich also gar kein
 Rechtsprincip im Sinne eines Gebotes der gött-
 lichen Weltordnung denken, ohne daß es, eben
 weil es letzteres ist, wirkliche Rechte und Pflichten
 erzeugt. — b. Man sagt freilich, die natürlichen
 Rechtsprincipien besäßen nicht die erforderliche
 Präcision, um ganz bestimmte natürliche Rechte
 und Pflichten zu erzeugen, sie seien zu unbestimmt
 und allgemein hierfür. Allein das ist unrichtig.
 Die natürlichen Rechtsprincipien sind zwar all-
 gemeiner Natur. Aber für's Erste ist diese All-
 gemeinheit bei einem Princip nicht gleichbedeutend
 mit Unbestimmtheit und Mangel an Präcision.
 Jedes Princip ist allgemein; aber man kann
 nicht sagen, daß es deswegen etwas ganz Un-
 bestimmtes sei; es hat immer einen ganz bestimm-
 ten Inhalt, der als solcher auch mit aller Be-
 stimmtheit erkannt wird. Für's Zweite begrün-
 den solche allgemeine Rechtsprincipien allerdings
 auch allgemeine Rechte und Pflichten. Aber diese
 sind deshalb, weil sie allgemein sind, gleichfalls
 nicht unbestimmt; sie sind vielmehr ganz bestimmte
 Rechte und Pflichten, eben weil der Inhalt des
 bezüglichen allgemeinen Rechtsprincipis ein ganz
 bestimmter ist. Der Einwurf verkennt die Natur
 eines allgemeinen Principis. In der Anwendung
 auf besondere Fälle mag das allgemeine Rechts-
 princip allerdings einer nähern Präcision bedürfen
 — dieß wird sogleich zu erörtern sein —, aber an
 und für sich leidet es keineswegs an Unbestimmtheit.
 — c. Man sagt ferner, die natürlichen Rechtsprin-
 cipien könnten keine wirklichen Rechte und Pflich-
 ten begründen, weil ihnen die bindende Kraft fehle,
 die sie erst durch Anerkennung und Sanction von
 Seiten des Staates gewinnen könnten. Aber auch
 das ist unrichtig. Die natürlichen Rechtsprincipien
 erhalten ihre obligatorische Kraft nicht erst durch
 Anerkennung und Sanction von Seiten des Staa-
 tes, sondern sie haben diese, wie gezeigt, schon an
 und für sich in Kraft des göttlichen Willens.
 Durch diesen ist das Naturrecht wirkliches, bin-
 dendes Recht, ob es der Staat anerkennt und sanc-
 tionirt oder nicht. In der That, ob der Staat
 das Recht, das ich z. B. auf mein Leben oder auf
 Anerkennung meiner Persönlichkeit habe, anerkennt
 oder nicht, in Kraft des göttlichen Willens besitze